

Suizidhilfe: Ethikerin sieht Briten-Votum als "wichtiges Signal"

IMABE-Geschäftsführerin Kummer: Klare Absage des Unterhauses an Freigabe zur Selbsttötungs-Beihilfe ein "entscheidender Sieg" für Befürworter des engmaschigen Schutzes vulnerabler Personen

Wien-London, 14.09.2015 (KAP) Die eindeutige Absage des britischen Parlaments an die Suizidbeihilfe-Freigabe ist in den Augen des Instituts für Medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE) ein "historisches Votum": "Die Befürworter des gesetzlich aufrechten engmaschigen Schutzes vulnerabler, weil kranker oder alter Personen, haben nun einen entscheidenden Sieg errungen", erklärte Susanne Kummer, Geschäftsführerin des in Wien ansässigen Fachinstituts der Bischofskonferenz, am Montag gegenüber "Kathpress". Die Entscheidung sei auch ein wichtiges Signal für die Debatte in Österreich und Deutschland gewesen.

Am Freitag der Vorwoche hatte das britische Parlament mit überwältigender Mehrheit einen Gesetzesvorschlag zur Freigabe der Beihilfe zur Selbsttötung in England und Wales abgelehnt: 330 Abgeordnete stimmten gegen den vom Labour-Abgeordneten Rob Marris eingebrachten Gesetzesentwurf, nur 118 dafür. Bereits im Vorfeld der Entscheidung, für die der Fraktionszwang aufgehoben worden war, hatte sich Premierminister David Cameron gegen das Gesetz ausgesprochen, das sich an der Regelung von Oregon angelehnt hätte. Volljährige mit einer Lebenserwartung von weniger als sechs Monaten können in dem US-Bundesstaat nach ärztlichem Gutachten professionelle Hilfe zur Selbsttötung in Anspruch nehmen, sofern sie freiwillig darum bitten und zwei Ärzte bestätigen, dass alle Auflagen erfüllt sind.

Zwei Faktoren dürften laut IMABE-Geschäftsführerin Kummer eine wichtige Rolle für das britische Votum gespielt haben: "Zum einen wird das als optimal gepriesene Oregon-Modell immer brüchiger, je näher man hinsieht, zum anderen haben die liberal denkenden Briten die Beweihräucherung des Gedankens absoluter Autonomie bei gleichzeitigem realen Kürzen der Ausgaben für das Gesundheitswesen als den eigentlich giftigen Cocktail für die Entwicklung der Gesellschaft erkannt", analysierte die Ethikerin.

Würde man die Zahlen für mit Begleitern durchgeführten Suizide aus Oregon auf das 65 Millionen Einwohnern zählende Großbritannien hochrechnen, hätte man dort - im Fall einer Zustimmung zum Gesetz - mit rund 1.700 assistierten Suiziden und mehreren tausend Anfragen pro Jahr rechnen müssen, berichtete Kummer. Um die gesetzeskonformen Prüfungen durch zwei Psychiater sicherzustellen, hätte dies eine enorme Personalaufstockung für die mehreren Tausend zusätzlichen Interviews, "wo es buchstäblich um Leben und Tod geht", nötig gemacht. Bereits heute würden Arztgespräche laut offiziellen britischen Gesundheitsdaten jedoch nur zehn Minuten dauern.

Ablehnung zuvor im Oberhaus und in Schottland

In den vergangenen Monaten hatte sich im Vereinigten Königreich, wo Beihilfe zur Selbsttötung ebenso wie in Österreich unter Strafe steht, der Streit um das Thema zugespitzt. Erstmals seit 1997 war im Unterhaus ein Gesetz zur Sterbehilfe debattiert worden, nachdem im Oberhaus eine entsprechende Gesetzesinitiative bereits in der vergangenen Legislaturperiode gescheitert war. Bereits im Mai hatte das schottische Parlament die Legalisierung der Suizidbeihilfe abgelehnt.

Verfechter einer britischen Neuregelung war vor allem die umstrittene Organisation Dignitas, die laut eigenen Angaben in den vergangenen 17 Jahren 300 Briten in der Schweiz zum assistierten Suizid verholfen hat. Als Gegner waren zahlreiche Prominente wie die TV-Moderatorin und mehrfache Special-Olympics-Gewinnerin Tanni Grey-Thompson aufgetreten und hatten vor negativen Rückwirkungen für die Situation Behinderter gewarnt, ebenso jedoch auch zahlreiche Ärzte.

Ebenso hatte auch Peter Saunders, Vorsitzender des Vereins "CareNotKilling", angesichts der massiven Kürzungen in der Versorgung mit Krebsmedikamenten davor gewarnt, Suizid als gesellschaftsfähige Option darzustellen. Das britische National Health Service will in Zukunft 17 Krebsmedikamente für 25 verschiedene Indikationen nicht mehr bezahlen, womit künftig laut Saunders insgesamt zwei Drittel aller bisher bezahlten Therapien bei Brustkrebs oder Pankreaskrebs nicht mehr vom staatlichen Gesundheitssystem bezahlt würden. Komme die Freigabe der Suizidbeihilfe, würden Ärzte in die Rolle gedrängt, Selbsttötung quasi als Therapieoption anzubieten, was eine in Oregon bereits dokumentierte Praxis sei.

Die britischen Bischöfe, die schon im Vorfeld den Gesetzesantrag entschieden abgelehnt hatten, zeigten sich in einer Reaktion erfreut über den Ausgang des Votums. Dieser sei ein "wichtiger Moment des christlichen Glaubenszeugnisses" in Großbritannien gewesen, erklärte der Bischofskonferenz-Vorsitzende, Kardinal Vincent Nicols. Die "hervorragenden Erfahrungen in der Palliativbetreuung" sollten - anstelle der Suizidbeihilfe - diskutiert, beworben, politisch gefördert und in allen Spitälern umgesetzt werden, forderten die Bischöfe.